

Braunschweigische  
Wissenschaftliche Gesellschaft

# Jahrbuch 2018

Sonderdruck  
Seiten 206–212



J. CRAMER Verlag · Braunschweig  
2019

## **Laudatio zur Verleihung der Carl-Friedrich-Gauß-Medaille der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft an Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof**

PROF. DR. OTTO LUCHTERHANDT

Herr Präsident,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
verehrter, lieber Herr Kirchhof und liebe Frau Kirchhof,

das Konzil der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft hat auf seiner Sitzung vom 9. Juni 2017 auf Vorschlag der Geisteswissenschaftlichen Klasse einstimmig beschlossen, Herrn Prof. Dr. Paul Kirchhof, Seniorprofessor *distinctus* der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, die Gauß-Medaille 2018 für seine herausragenden Verdienste auf dem Gebiet der Rechtswissenschaften zu verleihen.

Damit ist erstmals seit dem Jahre 2000 wieder ein Jurist Träger der Gauß-Medaille – nach dem Hamburger Zivil- und Wirtschaftsrechtler Klaus Hopt nun ein Öffentlichrechtler.

Es war nicht schwierig, die Kollegen von der Stimmigkeit des Vorschlages zu überzeugen, denn Paul Kirchhof zählt seit Jahrzehnten zu den herausragenden Repräsentanten und prägenden Persönlichkeiten der Staatsrechtslehre in Deutschland. Zwei mit seinem Namen untrennbar verbundene Werke spiegeln das höchst eindrucksvoll wider: Erstens das zusammen mit Josef Isensee herausgegebene „Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland“. Es war, als es 1984 konzipiert wurde, auf sieben (7) Bände ausgelegt. Sie erschienen 1987 bis 1992, kamen also mitten hinein in den Prozess der Wiedervereinigung. Daher wurde das Handbuch um zwei Bände zur Herstellung der Einheit Deutschlands erweitert, und umfasste 1997 neun (9) Bände mit 11.000 Seiten. 126 Staatsrechtslehrer haben an der ersten Auflage mitgewirkt. Das Handbuch des Staatsrechts ist ein, es ist *das* repräsentative Gemeinschaftswerk der deutschen Staatsrechtlehre. Noch mehr gilt das von der dritten Auflage, die zwischen 2003 und 2015 herauskam und 12 Bände (sowie den Band „Gesamtregister“) umfasst. An ihr sind fast zweihundert (200) Staatsrechtslehrer beteiligt. Die Vollendung der Einheit, die verstärkte Integration Deutschlands in die EU und der gestiegene Einfluss des Völkerrechts auf das nationale Recht haben die Neubearbeitung erforderlich gemacht.

Das an zweiter Stelle zu nennende repräsentative Werk deutscher Staatsrechtslehre ist die Festschrift für Paul Kirchhof aus Anlass seines 70. Geburtstages im Jahre 2013. Es handelt sich um ein ganz ungewöhnliches Werk, denn unter dem Titel „Leitgedanken des Rechts“ haben fast 200 Autoren – Staatsrechtslehrer, Kollegen und Schüler Paul Kirchhofs – in zwei Bänden kurz und knapp das Wesentliche zu Staat und Verfassung, zu Staat und Bürger dargestellt. Der erste Band der Festschrift stellt ein Kondensat des „Handbuchs des Staatsrechts“.

Paul Kirchhof ist eines der Gravitationszentren der Staatsrechtslehre in Deutschland. Begründet liegt das in dem breiten Profil der von ihm mit Leidenschaft und Brillanz ausgefüllten juristischen Funktionen, Ämter und Rollen – als Forscher und akademischer Lehrer des Staatsrechts, als profiliertester Steuerrechtler Deutschlands, als Richter des Bundesverfassungsgerichts, als Rechtspolitiker und als Publizist mit ungewöhnlich starker Präsenz in der Öffentlichkeit unseres Landes, als Vorsitzender bedeutender Vereinigungen: (u.a.) Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (2013–2015), Präsident des 65. und 66. Deutschen Juristentages (2004 und 2006) und seit 2014 Leiter der Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hier Nachfolger von Christian Starck.

Paul Kirchhof wurde im Gründungsjahr der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft in Osnabrück geboren. Er wuchs in einer Juristenfamilie auf. Sein Vater war seit 1959 Richter am Bundesgerichtshof (Strafsenat). Nach dem Abitur am traditionsreichen altsprachlichen Bismarck-Gymnasium in Karlsruhe, studierte Paul Kirchhof von 1962 bis 1966 Rechtswissenschaften in Freiburg/Br und München, wo er das Erste Juristische Staatsexamen ablegte; das Assessorexamen folgte 1969 in Stuttgart.

Für seine akademische Laufbahn wählte Kirchhof das Öffentliche Recht und folgte hier einer klassischen Regel: Das Thema der 1968 bei Peter Lerche in München verfassten Dissertation entstammte dem Staats- und Verfassungsrecht: „Der Begriff der hoheitlichen Befugnisse in Art. 33 Abs. IV des Grundgesetzes“ (München 1968), das Thema der Habilitationsschrift hatte dagegen seinen Schwerpunkt im Verwaltungsrecht: „Verwalten durch `mittelbares` Einwirken“ (Carl Heymanns Verlag, Köln usw. 1977), gemeint ist das Einwirken des Staates auf Rechtsverhältnisse im Grenzbereich zur Gesellschaft und zum privaten Bürger. Paul Kirchhof hat sie in Heidelberg als Assistent bei dem Staatsrechtslehrer Klaus Vogel, dem Direktor des Instituts für deutsches und internationales Steuerrecht, geschrieben und 1974 abgeschlossen. Er erhielt die *venia legendi* für die Fächer Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht, Finanz- und Steuerrecht sowie Verwaltungslehre. Auf allen diesen Gebieten hat Paul Kirchhof seither laufend publiziert. Weitere Rechtsgebiete sind dazu gekommen, insbesondere das Staatskirchenrecht.

Das Verzeichnis seiner Veröffentlichungen – Monographien, Kommentare, Herausgeberschaften, Aufsätze, Festschriftenbeiträge, Vorträge usw. – ist staunenswert; es nähert sich der Zahl 900!

Von 1975 bis 1981 war Paul Kirchhof o. Professor für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für Steuerrecht an der Universität Münster, anschließend bis zu seiner Emeritierung 2013 in gleichen Stellungen an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, die ihn in demselben Jahr zum Seniorprofessor *distinctus* ernannt hat.

1987 wurde Paul Kirchhof zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Bis zu seinem regulären Ausscheiden nach 12 Jahren (also 1999) war er Mitglied des Zweiten Senats, der schwerpunktmäßig für staatsorganisationsrechtliche Streitfälle unter Einschluss auch von Fragen der EU und des Völkerrechts sowie für steuerrechtliche Streitigkeiten zuständig ist, Rechtsgebiete, für die Paul Kirchhof Berichterstatte war.

Paul Kirchhof hat in der Rechtsprechung des Gerichts tiefe Spuren hinterlassen. Zwar kann in diesem Rahmen nicht näher darauf eingegangen werden, aber zwei Entscheidungen möchte ich erwähnen: In der Entscheidung vom 12. Oktober 1993 zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Maastricht-Vertrages über die Gründung der Europäischen Union stellt das Gericht ausdrücklich fest, dass der EU-Vertrag keinen Staat gründe, die EU vielmehr (nur) ein Staatenverbund auf dem Wege zu einer engeren Union sei. Der deutsche Souverän behalte die volle Kontrolle über den weiteren Prozess der Kompetenzübertragung auf die Union (BVerfGE 89, 156 f). Den Begriff des „Staatenverbundes“, der sich seither durchgesetzt hat, d.h. ein Zwitter aus Staatenbund und Bundesstaat, hatte Paul Kirchhof zuvor im „Handbuch des Staatsrechts“ geprägt (§ 183 „Der deutsche Staat im Prozeß der europäischen Integration“, in: Band VII [1. Auflage], Heidelberg 1992, S. 873 Rn. 38).

In mehreren Entscheidungen vom November 1998 stellte das Gericht fest, die verfassungsrechtliche Garantie von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG) „gebiete, bei der Besteuerung einer Familie das Existenzminimum *sämtlicher* Familienmitglieder steuerfrei zu belassen“ (BVerfGE 99, 246; 268; 273). Die Auswirkungen des Steuerrechts auf Familie und Ehe zählen zum Kernbereich der Forschungen Paul Kirchhofs.

Im Jahre 2000, also nach Ende des Richteramtes, gründete Paul Kirchhof die Forschungsstelle „Bundessteuergesetzbuch“ bei dem von ihm geleiteten Institut für deutsches und internationales Steuerrecht. Er leitete sie bis 2011. Frucht der Forschungsarbeit seines Teams ist der Entwurf einer Kodifikation des deutschen Steuerrechts. Es sieht eine radikale Vereinfachung des gesamten Steuersystems und Steuerrechts vor. Die Steuern werden auf vier (4) Steuerarten beschränkt, die zugleich grundlegend reformiert werden sollten: Einkommensteuer, Erbschafts- und

Schenkungssteuer, Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer, sofern der Allgemeinheit durch den Verbrauch Kosten entstünden.

Ausgangspunkt der Konzeption Kirchhofs ist das Verfassungsprinzip der *Freiheit*. Die Steuer sei der Preis ihres Besitzes und Genusses. Maßstab der Besteuerung müsse das Verfassungsprinzip der Gleichheit sein, das in dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit Gestalt annehme. Sie verlange eine Bemessungsgrundlage, die sich einheitlich an der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen zu orientieren habe. Das impliziere die Reduktion auf eine einzige Einkunftsart. Arbeitseinkommen und Kapitalerträge seien gleich zu besteuern. Alle Ausnahme-, Lenkungs- und Privilegien-Tatbestände, die das geltende Steuerrecht gewissen Gruppen gewähre und zu Steuertricks und zur Verringerung der Steuerlast zum Nachteil des Staates einluden, sollten wegfallen. Dadurch ließe sich der Prozentsatz der Steuerbelastung in der Spitze – unter dem Strich ohne Nachteile für den Fiskus – radikal senken. Es sollte der Grundsatz gelten: Drei Viertel der Einkünfte verbleiben dem freien Bürger, ein Viertel (25%) gehen als Preis der Freiheit an den Staat.

Die ca. 33.000 Vorschriften des geltenden Steuerrechts ließen sich, das beweise der Entwurf des Bundessteuergesetzbuches, auf 146 Paragraphen verringern, die noch dazu jedermann verstehen könne.

Otfried Höffe hat kürzlich in einem Essay „Was heißt heute konservativ?“ (Neue Zürcher Zeitung vom 29. Mai 2018, S. 17) das Profil des „Reformkonservativen“ – wohl ein Zwillingbruder des Epplerschen „Wertkonservativen“ – gezeichnet. Der Reformkonservative hat sichtlich Höffes Sympathie. Er sei „zu einer erstaunlich radikalen Kritik bestehender Verhältnisse fähig“. Das passt zu Paul Kirchhof, denn radikal, ja geradezu revolutionär ist sein Steuerreformkonzept zu Recht genannt worden.

Der Kölner Steuerrechtler Klaus Tipke hat Paul Kirchhof mit Blick auf das Konzept einen „Rechtsmoralisten“ genannt (§ 146 Steuergerechtigkeit, in: FS Paul Kirchhof, Band 2, S. 1583 Rn. 1, Heidelberg 2013). Ich halte das Etikett nicht für treffend. Mir erscheint Paul Kirchhof vielmehr als ein entschiedener, konsequenter und von einem höheren Standpunkt aus betrachtet durchaus als ein realistischer Anwalt verfassungsrechtlicher Grundprinzipien – Freiheit und Gerechtigkeit, die – endlich – auch und gerade das Steuerrecht beherrschen sollten.

Den folgenden Sätzen Josef Isensees kann ich daher nur zustimmen:

„Die Dogmatik des Staatsrechts ... strebt von vornherein nach rechtspraktischen Ergebnissen. Sie fragt, ob und inwieweit die Staatsgewalt in ihrer rechtlichen Gebundenheit und Begrenztheit das ´gute Leben` des Gemeinwesens gewährleisten und mit ihren beschränkten Mitteln dem Gemeinwohl genügen kann, oder ob sie [die Staatsgewalt] resignieren und das Feld dem freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte überlassen muss. Das Thema zieht sich als roter Faden durch das Lebens-

werk Paul Kirchhofs“, schreibt Isensee (§ 1 Staat, in: FS Paul Kirchhof, Band 1, S. 8 Rn. 15, Heidelberg 2013).

In der Tat hat sich Paul Kirchhof (wie auch Josef Isensee selbst) immer wieder mit den geistigen und axiologischen, mit den staatsethischen und politischen Voraussetzungen und Erwartungen beschäftigt, die unsere Verfassung, das Grundgesetz, an die Bürger unseres Staates stellt und stellen muss, damit unser freiheitlicher Rechtsstaat und demokratischer Verfassungsstaat im Wandel der Zeit und ihrer stets neuen und meist überraschenden Herausforderungen substantiell und kraftvoll gewahrt bleiben.

Die Entscheidung jenes Grundproblems dem freien Spiel der Kräfte unserer Gesellschaft und der Resultante wechselnder Kräfteverhältnisse zu überlassen, war und ist Paul Kirchhofs Position als Bürger, als Christ und als Rechtswissenschaftler ganz und gar nicht.

Das zeigt deutlich und eindrucksvoll seine Auseinandersetzung mit jenem Diktum unseres älteren Kollegen Ernst-Wolfgang Böckenförde, das längst zum geflügelten Wort in Deutschland geworden ist: *„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.* Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er [der Staat] seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft reguliert. Andererseits kann er [der Staat] diese inneren Regelungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und des autoritativen Gebots zu erzwingen versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben...“ (Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: E. W. Böckenförde: Staat. Gesellschaft. Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt/M. 1976, S. 42 ff. [60], kursiv im Original).

Böckenfördes Diktum wird weithin in dem Sinne zitiert, dass der Staat des Grundgesetzes entweder wegen ihm fehlender geeigneter Instrumente unfähig sei, seine freiheitlichen Grundlagen real zu sichern und zu stärken, oder dass der Staat daran von Verfassungswegen, insbesondere durch die Grund- und Menschenrechte, also rechtlich, gehindert sei.

Paul Kirchhof hat einerseits zwar Böckenfördes Erkenntnis bekräftigt, dass die Verfassungsvoraussetzungen und Verfassungserwartungen nicht mit staatlichem Befehl und Zwang durchgesetzt werden könnten und dürften, andererseits aber geltend gemacht, dass der Staat keineswegs ohnmächtig sei, sondern sehr wohl über Kompetenzen, Institutionen und Verfahren, kurz: über rechtliche Möglichkeiten verfüge, aktiv zur Stärkung der rechtlichen Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates beizutragen. Das vom Bürger zu erwartende „staatsethische“ Verhalten, insofern einig mit Böckenförde, beschreibt Kirchhof mit den folgenden Sätzen:

„Unverzichtbare Vorbedingung einer freiheitlichen Verfassung ist die innere Gebundenheit der Freien an die Würde, die Freiheit und Gleichheit des Mitmenschen. Gleiche Freiheit aller bedeutet individuelle Bereitschaft zum Freiheitsverzicht. Unbegrenzte Freiheit wäre Willkür; ein Freiheitsrecht kann nur begrenzte Freiheit gewähren. Deshalb baut eine freiheitliche Verfassung auf die Wirksamkeit ihrer Grenzen und eine verständige Inanspruchnahme der Freiheit; ...Bedingung einer freiheitlichen Rechtsordnung ist das gegenseitige Vertrauen, das sich auf Anständigkeit, auf aus guter Gewohnheit gefestigte Rücksichtnahme, auf die Geltung des Rechts kraft Erziehung und stetiger Übung stützt.“ („Brauchen wir ein erneuertes Grundgesetz?“, Heidelberg 1992, S. 59)

Dass der Staat der Erosion seiner freiheitlichen, staatsethischen Funktionsbedingungen nicht ohnmächtig zuschauen muss, sondern aktiv gegensteuern kann und darf, hat Paul Kirchhof unter anderem in zwei Referaten herausgearbeitet, die er 2004 und 2013 bei den „Essener Gesprächen zum Thema Staat und Kirche“ gehalten hat.

Die These Böckenfördes, so Kirchhof, „führt zu dem Missverständnis, die religiös-weltanschauliche Neutralität des Verfassungsstaates entlasse den Staat aus der Verantwortlichkeit für die Freiheitskultur, für den Humus, aus dem Staat und Verfassung erwachsen. Der Staat trägt neben den Eltern die Hauptverantwortung für die Erziehung und Bildung der Kinder, schafft damit wesentliche kulturelle Voraussetzungen, von denen er lebt. Er entwickelt eine Kultur des inneren Friedens, die sich nicht auf den Vollzug des Polizeirechts beschränkt, sondern auch ein Bewusstsein der Rücksichtnahme, der Anerkennung des anderen, der Hilfsbereitschaft anregt. Er schafft Einrichtungen der Jugendpflege, der Theater, Opern und Museen, der Universitäten, Forschungsinstitute und Kunsthochschulen, des Krankenhauswesens, der ökonomischen und verkehrstechnischen Infrastruktur. Aus der Freiheit vom Staat wird so auch eine Freiheit durch den Staat.“ Der Staat, so Kirchhofs Fazit, ist „wesentlich für die kulturellen Grundlagen seiner eigenen Existenz und seiner Entwicklung verantwortlich“. (Der kirchliche Beitrag zu Freiheit und Demokratie, Essener Gespräche, Heft 48 [2013], S. 78)

Paul Kirchhof war dazu berufen, auf die über Zwang, Gebot und Verbot hinausgehende Tätigkeit des Staates zur Pflege seiner kulturellen und sozialen Funktionsbedingungen hinzuweisen, denn er hatte sich seit seiner Habilitationsschrift mit jenem verfassungsrechtlichen Grundproblem von verschiedenen Seiten her und in unterschiedlichen Zusammenhängen auseinandergesetzt, – bis heute, wie eine breite Öffentlichkeit unseres Landes über die Lektüre der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ seit langem wahrnehmen kann.

Paul Kirchhofs öffentliches Wirken und seine Publikationen sind selbst Beiträge der Pflege und Kräftigung einer freiheitlichen Verfassungs- und Rechtskultur der Aufklärung, der bürgerschaftlichen Verantwortung, des Gemeinnsinns und der Rechtschaffenheit. Sie sind Verfassungspflege und dadurch Staatspflege im besten

Sinne. Sie sind ein später, aber kräftiger Nachhall des ewig gültigen Grundsatzes, den die Virginia Bill of Rights vom 12. Juni 1776 an ihrem Ende (Art. 15) mit den folgenden Worten verkündet hat: „Keine freie Regierung oder die Segnungen der Freiheit können einem Volke erhalten bleiben außer durch ein festes Anhalten an Gerechtigkeit, Mäßigung, Enthaltbarkeit, Genügsamkeit und Tugend und durch häufiges Zurückgehen auf grundlegende Prinzipien.“

Zurückgehen auf grundlegende Prinzipien - das zeichnet Paul Kirchhofs gesamtes wissenschaftliches und publizistisches Werk in hervorstechender Weise aus. Kaum ein Beitrag, in dem er nicht mit dem ihm eigenen lapidaren Stil knapper und dichter Sätze an Freiheit und Recht, an Menschenwürde, Demokratie und Verantwortung anknüpft und die Klärung der von ihm behandelten aktuellen Problem- und Streitfragen mit jenen Prinzipien des Grundgesetzes verknüpft.

Paul Kirchhof hat viele Auszeichnungen erhalten. An eine möchte ich hier anknüpfen, den „Jacob-Grimm-Preis Deutsche Sprache“, den er 2005 für seine „Verdienste um die Sprache des Rechts und das deutsche Sprachenrecht“ erhalten hat. Wer Publikationen von Paul Kirchhof liest oder seinen Vorträgen zuhört, wird nicht umhinkommen, den folgenden Sätzen lebhaft zuzustimmen:

„Beredbarkeit heißt nicht, wie manche Ungebildete glauben, eitle Schminke der Sprache, sondern klare und einigermaßen würdevolle Entfaltung des Gemeinten... Ohne sie kann man in keine gewichtige und etwas unklare Sache Licht bringen. Wie oft halten wir nicht ...denjenigen für des höchsten Lobes würdig, der den Richtern oder den Versammelten die Sache gleichsam so vor Augen stellt, dass sie zu einem rechten Urteil oder dem öffentlichen Nutzen entsprechenden Beschluss kommen können. Wenn wir schon die Mathematiker loben, weil sie verwickelte Verhältnisse in Geldangelegenheiten erklären können, wieviel mehr müssen wir dann beredte Männer bewundern, deren Können nicht nur kleinen privaten Nutzen umfasst, sondern Gerichtsurteile, Gesetze und das Wohl des ganzen Gemeinwesens!“

Das sind Sätze, die wie auf Sie, lieber Herr Kirchhof, geprägt klingen. Sie stammen von einem bedeutenden Reformator, der in Heidelberg studiert hat und dann nach Wittenberg ging, von Philipp Melanchthon aus seinem Kommentar von 1527 zu Paulus` Brief an die Kolosser. (Philipp Melanchthon: Glaube und Bildung. Texte zum christlichen Humanismus. Lateinisch/Deutsch [Reclam 8609], Stuttgart 1989, S. 49)

Mögen Sie die deutsche Öffentlichkeit im Allgemeinen und die Rechtswissenschaft unseres Landes im Besonderen noch lange mit Ihren klaren und daher klärenden Beiträgen zu den Problemen unserer Zeit bereichern und erfreuen, lieber Herr Kirchhof!